

Bildstreifen

«Widmer-Schlumpf will bei den Linken punkten»

Von [Claudia Blumer](#). Aktualisiert am 16.02.2011 [67 Kommentare](#)  [Empfehlen](#) 2

Die Amtshilfe soll einer neuen Interpretation der OECD-Richtlinien angepasst werden. Finanzexperten beurteilen den Schritt als voreilig.



«Die Schweiz muss die Amtshilfe weiter lockern»: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf will verhindern, dass die Schweiz auf die schwarze Liste der OECD gerät.

Bild: Keystone



Er vermutet, dass Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf bei den linken Politikern Sympathien holen will: Bankenexperte Martin Janssen. (Bild: Keystone)

Das gab es für die Schweiz in letzter Zeit selten: Lob aus Brüssel. Gestern Abend äusserte sich der österreichische Finanzminister Josef Pröll anerkennend über das Vorhaben des Bundesrats, die Amtshilfe weiter zu lockern. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hatte kurz zuvor einem überraschten Publikum erklärt, die Schweiz solle künftig auch Amtshilfe gewähren, wenn das ersuchende Land statt Namen von Bank und Kontoinhaber lediglich eine Nummer vorzuweisen hat. Dies entspreche der neusten Interpretation der OECD-Standards.

Im Inland kassierte die Finanzministerin dagegen von allen Seiten Kritik. Bürgerliche Politiker ärgern sich darüber, dass Widmer-Schlumpf dem Druck der OECD voreilig nachgebe. Laut SP-Vertretern hätte der Bundesrat schon früher reagieren und die Amtshilfe anpassen sollen.

«Widmer-Schlumpf will linke Ratsseite versöhnlich stimmen»

Tatsächlich sorgt der Hintergrund des Bundesratsvorhabens für Irritation. Denn im OECD-Musterabkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung steht nicht, dass eine pseudonymisierte Personennummer für Amtshilfe ausreiche. Vielmehr müsse das ersuchende Land

Schweiz

- 17:00 [Ständeräte bremsen Milchproduzenten](#)
- 16:48 [«95 Prozent der Revolution sind geschafft»](#)
- 16:29 [Die Schweizer sind ein Volk von Schmugglern](#)
- 12:03 [Bundesgericht lässt Fragen zur Zwangsernährung offen](#)
- 10:19 [Händler und Gewerkschaften wollen sorglose Alkoholverkäufer schonen](#)
- 10:14 [«Wir müssen dem Bundesrat Beine machen»](#)

Artikel zum Thema

- [Kopfschütteln über Widmer-Schlumpf](#)
- [«Widmer-Schlumpfs Überreaktion ist gefährlich»](#)
- [Das Bankgeheimnis wird weiter aufgeweicht](#)
- [Das Bankgeheimnis – noch weicher?](#)

OECD-Musterabkommen

[Artikel 26](#)

Stichworte

[Eveline Widmer-Schlumpf](#) 

- ▶ Bundesrat 
- ▶ OECD 

alle zumutbaren Abklärungen zur Ermittlung einer Person selber treffen, zudem erfolge Amtshilfe nur aufgrund von Angaben über Person und Bank. Doch auf die effektiven Richtlinien

stützt sich der Bundesrat bei seinem Vorhaben auch gar nicht ab – sondern auf deren Neuinterpretation, die sich im globalen Forum über Transparenz und Informationsaustausch vergangenen Herbst durchgesetzt habe.

«Die Anpassung geht über die OECD-Regelung hinaus und ist völlig aus der Luft gegriffen. Offenbar will der Bundesrat bei der EU Liebkind sein», sagt Martin Janssen vom Bankeninstitut der Universität Zürich auf Anfrage von Tagesanzeiger.ch/Newsnetz. Er könne sich den vorausseilenden Gehorsam des Bundesrats gegenüber der EU nur damit erklären, «dass Frau Widmer-Schlumpf bei der linken Ratsseite im Hinblick auf die Bundesratswahl punkten will».

«Widmer-Schlumpf kommuniziert anders als Merz»

Juristisch wäre die Schweiz nicht verpflichtet, die Amtshilfe anzupassen, die OECD-Richtlinien sind unverbindlich und haben lediglich empfehlenden Charakter. Doch man müsse zwischen dem juristischen und dem politischen Aspekt unterscheiden, sagt Europarechtskennerin Astrid Epiney von der Universität Fribourg. «Wenn alle andern Staaten nachziehen, ist es für die Schweiz schwierig, sich auszuklinken.»

Dass der Bundesrat unbürokratisch und ohne Verzögerungstaktik auf neue Forderungen der OECD reagiert, ist neu. Doch die Trendwende habe sich schon seit einiger Zeit abgezeichnet, seit man signalisierte, dass Amtshilfe auch beim Vorliegen eines Verdachts auf Steuerhinterziehung geleistet werden könne, sagt Epiney. «Vielleicht kommuniziert Eveline Widmer-Schlumpf einfach anders als Hans-Rudolf Merz, der sich jeweils sehr defensiv äusserte, dann aber doch Zugeständnisse machte.»

Bankiervereinigung reagiert gelassen

Doch was bedeutet die zusätzlich erleichterte Amtshilfe? Kritiker sehen darin einen grossen Schritt in Richtung automatischer Informationsaustausch, den die Schweiz vehement ablehnt. Zumindest könnten die ersuchenden Staaten auf Fishing Expedition gehen, das heisst, ohne konkreten Verdacht nach Steuersündern suchen.

Dies wird von Experten aber verneint. «Wenn es eine persönliche, pseudonymisierte Nummer braucht, ist es nicht möglich, ins Blaue hinaus zu suchen», sagt Epiney. Dies bestätigt der Zürcher Steuerberater Markus Baumgartner, der deutsche Anleger in der Schweiz berät: «Fishing Expedition ist mit den neuen OECD-Standards auch künftig nicht möglich», sagt er zu Tagesanzeiger.ch/Newsnetz. Und selbst der Direktor der Schweizerischen Bankiervereinigung, Claude-Alain Margelisch, äusserte sich im Schweizer Fernsehen verhalten positiv: Prima vista scheine es sich um eine technische Anpassung zu handeln, nicht um eine wesentliche Lockerung des Bankgeheimnisses.

«Tausende IBAN-Nummern warten»

Laut Markus Baumgartner habe die Anpassungen aber mehr als nur technischen Charakter. «Tausende IBAN-Nummern liegen bei den deutschen Steuerbehörden bereit, die nur darauf warten, diese identifizieren zu lassen.» Ein beliebtes Terrain für die Jagd nach Steuersündern seien beispielsweise Provisionszahlungen deutscher Unternehmen auf Schweizer Konten, die in Einzelfällen tatsächlich der Steuerhinterziehung dienen.
(Tagesanzeiger.ch/Newsnetz)

Erstellt: 16.02.2011, 14:26 Uhr

 Empfehlen  2 Personen empfehlen das.

KOMMENTAR SCHREIBEN

Verbleibende Anzahl Zeichen: